der Interpellation Landrat Stefan Fryberg, Altdorf, und Ratsmitglieder zum Leistungsstand der Urner Schülerinnen und Schüler (eingereicht und begründet 15. April 2002)

I.

Am 15. April 2002 reichte Landrat Stefan Fryberg, Altdorf, mit 56 Mitunterzeichnenden eine Interpellation mit verschiedenen Fragen zum Leistungsstand der Urner Schülerinnen und Schüler ein.

II.

Beantwortung durch den Regierungsrat

Frage 1: Wie steht es um den Leistungsstand der Jugendlichen in den Urner Schulen? Hat die Bildungs- und Kulturdirektion diesbezügliche Grundlagen? Wenn ja, wie sehen die Ergebnisse aus? Wenn nein, sind solche Untersuchungen geplant?

Zum Leistungsstand

Die Bildungs- und Kulturdirektion (BKD) verfügt über keine eigenen systematisch erhobenen Grundlagen, welche den Leistungsstand der Jugendlichen in den Urner Schulen dokumentieren würden. Es gibt jedoch keine Hinweise, dass die Leistungen der Jugendlichen an den Urner Volksschulen von denjenigen in der übrigen Zentral- und Deutschschweiz abweichen würden. Vergleiche lassen sich am ehesten aus den Ergebnissen der gewerblichen und kaufmännischen Lehrabschlussprüfungen ableiten: Bei den gewerblichen Lehren sind dort, wo gesamtschweizerisch gleichzeitig die Prüfungen durchgeführt werden, die Urnerinnen und Urner praktisch immer im besseren Drittel. Bei der kaufmännischen Lehre, welche als eine der anspruchsvolleren Lehren gilt, liegen die Leistungen im Bereich Muttersprache (Deutsch), beim Rechnungswesen und der zweiten Landessprache (Französisch) stets leicht über dem Durchschnitt.

Eigene Untersuchungen

Schon im Rahmen von PISA 2000 wurden vereinzelt auch kantonale Zusatzstichproben erhoben. Für kleine Kantone ist die Erhebung und Auswertung von solchen Zusatzstichproben relativ teuer. Die vorliegenden Resultate verschiedener kantonaler Zusatzstichproben zeigen zudem, dass die Ergebnisse keine signifikant anderen Resultate ergeben als die Ergebnisse der jeweiligen Sprachregion. Aufgrund der entstehenden Kosten und aufgrund der Erfahrungen

von PISA 2000 ist deshalb auch für PISA 2003 keine Zusatzerhebung für Uri oder die Kantone der Zentralschweiz geplant.

Auf Ebene der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) ist jedoch geplant, ein gesamtschweizerisches Bildungsmonitoring aufzubauen. Es wird zu prüfen sein, in welchem Rahmen Uri und die Kantone der Bildungsdirektorenkonferenz Zentralschweiz (BKZ) Erhebungen durchführen werden.

Frage 2: Ist nicht auch der Regierungsrat der Meinung, dass angesichts der ersten Ergebnisse der PISA-Studie das Erlernen bloss einer Fremdsprache auf der Primarschulstufe mehr als genug ist?

Das EDK-Sprachenkonzept hält klar fest, dass die erste Landessprache, die sogenannte Standardsprache, von Schulbeginn an konsequent zu fördern ist. Dieses Ziel wird auch an den Urner Schulen konsequent verfolgt. In der Fragestellung versteckt sich die Meinung, dass das Erlernen von einer oder gar mehrerer Fremdsprachen auf der Primarstufe, das Erlernen der Standardsprache erschwere. Forschungsergebnisse zeigen aber, dass mit dem Erlernen von einer oder gar mehreren Fremdsprachen die Sprachfähigkeit als Ganzes gefördert wird. In diesem Sinne lässt sich aus den ersten Ergebnissen der PISA-Studie nicht der Schluss ziehen, dass eine Fremdsprache auf der Primarschulstufe genug sei. Das vom Erziehungsrat erarbeitete und vom Regierungsrat genehmigte Fremdsprachenkonzept sieht trotzdem ein System 3 / (5) / 7 vor. Auf das Schuljahr 2005/2006 wird in den Urner Primarschulen in enger Koordination mit den übrigen Zentralschweizer Kantonen Englisch ab der 3. Primarklasse eingeführt. In der 5. Klasse soll zwei Jahre nach Einführung von Englisch Italienisch als Wahlfach angeboten werden. Ab der 7. Klasse erfolgt dann der Unterricht zusätzlich im Fach Französisch. Das Urner System sieht also nur eine obligatorische Fremdsprache in der Primarschule vor.

Frage 3: Wurde früher sehr viel Gewicht auf die Kernfächer wie Rechnen, Schreiben und Lesen gelegt, nehmen heute sogenannte Nebenfächer einen viel breiteren Raum ein. Teilt der Urner Regierungsrat die weit verbreitete Meinung, dass die schulische Leistung vieler Jugendlichen nicht zuletzt deshalb in den letzten Jahren gesunken ist, weil die Schule zum Experimentierfeld geworden ist und dauernd neue Fächer, neue Lernmethoden und neue Schultypen eingeführt worden sind?

Der Urner Regierungsrat teilt die "weit verbreitete" Meinung nicht, dass die schulischen Leistungen vieler Jugendlichen gesunken ist. Ebenso sieht er keine Anzeichen, dass die Schule zum "Experimentierfeld" geworden ist.

Schulische Leistung der Jugendlichen

Die Meinung, die Leistungen der Schülerinnen und Schüler seien gesunken, so etwa im Sinne "früher sei in der Schule alles besser gewesen", ist wahrscheinlich so alt wie die Volksschule selber. Oft gründet sie auf Erfahrungen in Einzelfällen, welche dann als allgemeingültig betrachtet werden. Sie lässt sich nicht beweisen, zugegebenermassen ist es aber auch schwierig das Gegenteil zu beweisen. Unterschiede in der Leistung Einzelner hat es schon früher gegeben und gibt es auch heute. Die Aussage in ihrer verallgemeinernden Form ist aber sicher falsch. So hält bspw. Sieber¹ bezüglich der Sprachfähigkeit der heutigen Jugendlichen fest, dass die Sprachfähigkeit der Jugendlichen wahrscheinlich noch nie so hoch war wie heute. Die Fähigkeiten werden aber gemessen an den heutigen Anforderungen. In verschiedenen Beispielen zeigt er, dass die Anforderungen gegenüber früher in einem enormen Ausmass gestiegen sind.

Trotzdem gilt es, die Ergebnisse der PISA-Untersuchung ernst zu nehmen. Die Lesefähigkeiten der untersuchten 15-Jährigen sind in der Schweiz im internationalen Vergleich "nur" durchschnittlich. Die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) hat einen Auftrag für eine Länderanalyse erteilt. Diese Analyse wird zeigen, weshalb andere Länder besser abschneiden. Gestützt auf die Erkenntnisse, die sich aus dieser Analyse ergeben, werden auch im Kanton Uri notwendige Massnahmen ergriffen werden.

Schule als "Experimentierfeld"

Die Schule ist nicht zum "Experimentierfeld" geworden. Die Schule hat nicht von sich aus inhaltliche Änderungen vorgenommen, sondern auf Erwartungen von Gesellschaft, Politik und Wirtschaft reagiert. Die Wirtschaft und der Arbeitsmarkt verlangen von uns und damit auch von der Schule:

- die Fähigkeit zur Zusammenarbeit mit anderen
- Sprachen; Englisch wird zur weltweiten Sprache der Wirtschaft
- Fähigkeit zur Nutzung der Informationstechnologien
- Kommunikationsfähigkeit, Aufbau und Pflege von Beziehungen
- Neugierde, Kreativität, Lernfähigkeit und lebenslanges Lernen
- :

Einführung neuer Fächer - Kernfächer und "Nebenfächer"

Eine Sichtung der Stundentafeln 1938, 1961, 1980 und 2002 ergibt, dass ausser dem Fach Informatik kein einziges neues Fach in dieser Zeit in der Volksschule geschaffen wurde. Es gab Fächerzusammenzüge wie Physik, Chemie, Biologie zu Naturlehre oder eine Aufspaltung des

¹ Sieber Peter: Sprachfähigkeiten - Besser als ihr Ruf und nötiger denn je! Aarau, 1995 S. 35

Faches Religion in Religion und Lebenskunde/Berufseinführung. Auch wurde die Lektionenzahl in gewissen Fächern anders gewichtet, Fächer obligatorisch oder zum Wahlfach erklärt. Es erfolgten auch Verschiebungen oder Ausdehnungen auf andere Stufen wie z.B. die Fächer Stenografie, Technisches Zeichnen und Buchhaltung auf die Berufsschule, das Fach Italienisch und neu das Fach Englisch auf die Primarstufe. In den 80er-Jahren erfolgte die Gleichstellung für Buben und Mädchen. Alle Fächer wurden für Buben und Mädchen obligatorisch.

Vor 60 Jahren betrug der Anteil der beiden Kernfächer Sprachen und Mathematik rund 65 Prozent. In der heutigen Stundentafel der Volksschule beträgt ihr Anteil rund 50 Prozent. Ausgebaut wurden die Bereiche Natur/Mensch/Mitwelt (von 16 auf 19 Prozent) und der Bereich Sport, Technisches und Bildnerisches Gestalten und Musik (von 15 auf 29 Prozent). Gerade diese zuletzt genannten Fächer haben eine eminente, stützende Funktion für die Gesamtentwicklung der Kinder und Jugendlichen.

Einführung neuer Lernmethoden und Schultypen

Wie bereits weiter oben angeführt, haben sich die Anforderungen der Gesellschaft an die Jugendlichen grundsätzlich gewandelt. Angewachsen sind aber auch die Erkenntnisse aus der Lernforschung. Früher ging man etwas einseitig davon aus, dass Lernen vor allem durch Vorsagen und Vormachen der Lehrenden und "Nachsagen" (Auswendiglernen) und Nachmachen der Lernenden erfolge. Heute weiss man,

- dass man nachhaltiger lernt, wenn man eigenständig lernen kann, selber entdeckt, begreift, gedanklich durchdringt und darstellt, als wenn man bloss reproduziert. Die Schule muss deshalb Kindern und Jugendlichen dafür auch Lerntechniken vermitteln (z.B. Strategien der Informationsbeschaffung, der Präsentation, des Auswendiglernens),
- dass gleichaltrige Kinder grosse Entwicklungsunterschiede aufweisen und dass man folglich nicht davon ausgehen kann, dass alle Schülerinnen und Schüler einer Klasse denselben Stoff in derselben Zeit gleich gut erlernen können, dass im Unterricht somit der individuelle Leistungsstand und die individuelle Leistungsfähigkeit berücksichtigt werden müssen, wenn Lernen erfolgreich sein soll.

Um diesen Erkenntnissen, die auch für Erwachsene gelten, Rechnung zu tragen, sind seit der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts neben den nach wie vor berechtigten Frontalunterricht weitere, inzwischen etablierte Methoden getreten wie etwa der Werkstattunterricht und die Planarbeit, ebenso die Variation der Sozialformen (z.B. Gruppenarbeit/ Partnerarbeit).

Die Struktur der Volksschule ist seit Jahrzehnten weitgehend dieselbe geblieben: 6 Jahre Primarschule mit anschliessender Selektion, 3 Jahre Oberstufe in vier Schultypen (Gymnasium, Sekundar-, Real- und Werkschule). Die Schulgesetzgebung gestattet den Gemeinden bzw.

Kreisschulen, auf der Oberstufe anstelle der Sekundar- und Realschule eine differenziertere Zuteilung in Niveaueurse A und B vorzunehmen (kooperative und integrierte Oberstufe). Damit kann den unterschiedlichen Begabungsprofilen von Jugendlichen besser Rechnung getragen und Über- oder Unterforderung leichter vermieden werden. Zur speziellen Förderung von Kindern mit Lernschwierigkeiten auf der Primarstufe können die Gemeinden anstelle der herkömmlichen Kleinklassen eine integrierte Förderung mit heilpädagogischem Zusatzunterricht einführen. Neue Schultypen im eigentlichen Sinne hat man somit nicht geschaffen.

Frage 4: Ist innerhalb des Kantons, was die schulische Leistung der Jugendlichen betrifft, ein Unterschied zwischen den einzelnen Gemeinden festzustellen? Wie steht es diesbezüglich zwischen Schulen mit integrierter Oberstufe, Orientierungsstufen und solchen mit traditionell geführten Klassen?

Wie bereits erwähnt, verfügt die Bildungs- und Kulturdirektion nicht über systematisch erhobene Ergebnisse. Insofern können auch keine Aussagen über Unterschiede zwischen einzelnen Gemeinden gemacht werden. Auf der Oberstufe wurde 1998 und 1999 in der Zentralschweiz eine Evaluation am Ende des 7. und 8. Schuljahres in den Fachbereichen Mathematik und Deutsch durchgeführt. An der Evaluation beteiligten sich auch zwei Oberstufenschulen aus dem Kanton Uri. Die Ergebnisse der Gesamtstudie können als repräsentativ für die Oberstufe unseres Kantons gesehen werden.

Die Resultate zeigen, dass die Leistungen der Real- und Sekundarschulen, der Kooperativen Orientierungsstufen und der Integrierten Orientierungsstufen sowohl in Deutsch als auch in Mathematik nahe beieinander liegen. Die Streuung der Leistungen zwischen den Schülerinnen und Schülern auf der Sekundarstufe I ist aber sehr gross, dies sowohl zwischen den Klassen der beiden Anforderungsniveaus als auch innerhalb des gleichen Anforderungsniveaus. Gute Schüler und Schülerinnen der Lerngruppen mit Grundansprüchen (Real, Niveau B) übertreffen die schlechten Schülerinnen des höheren Anforderungsniveaus (Sek / Niveau A). Damit weisen die Ergebnisse in die Richtung vieler bisheriger Untersuchungen: die Art, wie die Lerngruppen gebildet werden (traditionell, kooperativ oder integrativ geführte Klassen) hat keinen direkten Einfluss auf die Leistungen der Schülerinnen und Schüler. Der grosse Vorteil der Modelle Kooperative und Integrierte Oberstufe liegt jedoch darin, dass mit ihnen den individuellen Leistungsunterschieden der einzelnen Schülerinnen und Schüler vermehrt Rechnung getragen werden kann.

Frage 5: Wie wird die Qualität der Schulen in den einzelnen Gemeinden nachgeprüft? Hat die Bildungs- und Kulturdirektion die Möglichkeit, Schulen, welche die Anforderungen nicht erfüllen, in die Pflicht zu nehmen?

Wie wird die Qualität der Schulen in den einzelnen Gemeinden nachgeprüft?

Wie in den meisten Deutschschweizer Kantonen befindet sich auch in Uri ein System der Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung in den Volksschulen im Aufbau. Der Regierungsrat erachtet diesen Aufbau als enorm wichtig und hat deshalb in seinem Regierungsprogramm 2000 - 2004 als Ziel formuliert: "Die Qualität der Schulen im Kanton Uri weiterentwickeln." Der Erziehungsrat hat ein entsprechendes Projekt beschlossen. Ziel dieses Projektes ist es, in den Schulen ein Qualitätskonzept einzuführen, welches auf pädagogisch geleiteten Schulen aufbaut, die ihre Qualität einerseits selbst evaluieren (Rechenschaftslegung) und die andererseits periodisch extern evaluiert werden (Controlling). Zu diesem System gehören bezogen auf die Gemeinde im Wesentlichen die folgenden Elemente:

1. Einsatz pädagogischer Schulleitungen
2. Einführung der Selbstevaluation der Schulen
3. Externe Evaluationen durch die Schulaufsicht
4. Beurteilung der Lehrpersonen durch die Schulleitung
5. Durchführung von Vergleichs- oder Orientierungsarbeiten auf allen Schulstufen

Zu 1: Der Einsatz von Schulleitungen ist schon erfolgt oder erfolgt bis 2003 gemäss der Übergangsbestimmung zu Art. 44 der Schulverordnung vom 22. April 1998 (RB 10.1115).

Die Elemente 2, 3 und 4 sind Bestandteil des vom Erziehungsrat beschlossenen Projektes. Sowohl für die interne als auch für die externe Evaluation braucht es definierte, allen Beteiligten bekannte Qualitätsstandards, die erst noch zu entwickeln sind (Vorhaben der Deutschschweizer Kantone unter Federführung des Kantons Zürich). Schon heute nutzt das Schulinspektorat die herkömmlichen Möglichkeiten der Intervention, wenn es in einer Schule oder Klasse Mängel feststellt (s. unten, zweiter Teil der Frage).

Zu 5: Vergleichs- oder Orientierungsarbeiten bestehen heute für Deutsch und Mathematik (5./6. Primarklasse und Oberstufe), auf der Oberstufe zusätzlich auch für Französisch. Sie dienen der Lehrerschaft zur Einschätzung der Erreichung der Lernziele, zur Planung ihres weiteren Unterrichts und zur Überprüfung ihrer Beurteilungspraxis. Weitere Orientierungsarbeiten für andere Fächer und andere Schulstufen folgen bis 2004 in regelmässigen Abständen. Die Herausgabe der Orientierungsarbeiten ist ein gemeinsames Projekt der sieben in der Bildungsdirektoren-Konferenz Zentralschweiz (BKZ) zusammengeschlossenen Kantone.

Hat die Bildungs- und Kulturdirektion die Möglichkeit, Schulen, welche die Anforderungen nicht erfüllen, in die Pflicht zu nehmen?

Antwort: Ja.

- a) Wenn das Schulinspektorat Mängel in einem bestimmten Bereich des Schullebens oder des Unterrichts feststellt (z.B. wenn es Zweifel an der Erreichung der Lernziele bekommt), bespricht es als Erstes mit der Lehrperson seine Befürchtungen, wenn nötig verbunden mit einer Beanstandung oder einer mündlichen oder schriftlichen Auflage. Im Extremfall veranlasst es die Schulbehörde, eine vorübergehende Fördermassnahme für eine bestimmte Klasse zu beantragen und durchzuführen.

Zu bedenken ist aber stets, dass es in jeder Klasse Lernende gibt, welche die Lernziele problemlos erreichen oder übertreffen und andere, welche sie nur knapp oder nicht erreichen. Oder anders gesagt: die individuellen Unterschiede innerhalb einer Klasse sind in der Regel grösser als die Unterschiede zwischen Klassen oder zwischen Schulen.

- b) Wenn eine Schulbehörde ihrerseits Zweifel hegt, ob eine Lehrperson ihren Auftrag ausreichend erfüllt, gibt sie dem Schulinspektorat einen schriftlichen Auftrag zu einer genaueren Überprüfung. Sie erhält dann schriftlich Antwort auf die gestellten Fragen. Stellungnahmen des Inspektorates haben in den letzten Jahren mehrmals dazu geführt oder mindestens dazu beigetragen, dass Anstellungsverhältnisse - von der Öffentlichkeit meistens un bemerkt - aufgelöst worden sind. Durch die Zusammenarbeit zwischen Schulleitung und Schulinspektorat werden die Interventionen direkter und wirkungsvoller.